Erinnerungskultur ist nötiger denn je

Melanie Bernstein MdB

Melanie Bernstein MdB ist Kulturwissenschaftlerin und Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien sowie seit 2018 Mitglied im Vorstand der KuPoGe

Im anstrengenden Alltag zwischen Beruf und Familie bleibt den meisten Menschen nicht allzu viel Zeit, darüber nachzudenken, warum Erinnerungskultur wichtig ist. Viele von uns werden vorrangig damit konfrontiert, wenn das eigene Kind in der Schule ein Referat über den Zweiten Weltkrieg halten muss, oder wenn es irgendeine mehr oder weniger spektakuläre Archiv-Entdeckung auf die Titelseite der Zeitung schafft.

Dabei lohnt es sich, einmal genauer und vor allem häufiger über das Thema nachzudenken. Vor einigen Wochen sprach Angela Merkel in einer Fraktionssitzung der CDU/CSU im Bundestag darüber, warum Europa für uns wichtig ist. Sie begann ihren Vortrag beim Augsburger Religionsfrieden von 1555, was unter den Abgeordneten zunächst ein wenig Erstaunen auslöste. Schnell aber wurde sie konkret: Nachdem die Generation, die den Krieg noch selbst erlebt hatte, gestorben war, erlahmten die Bemühungen, den Frieden zu erhalten – das eigene Erleben fehlte. Das Ergebnis war die Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges, der halb Europa auslöschte. Heute befinden wir uns, was die Generationenfrage betrifft, in einer ganz ähnlichen Situation. Von jenen, die den Zweiten Weltkrieg noch bewusst erfahren haben, sind nur noch wenige am Leben. Diese Generation hat die UNO gegründet, die Menschenrechte festgeschrieben und große Anstrengungen zur Einigung Europas unternommen; aus gutem Grund, wie sie aus eigener Anschauung wusste. Aber wähnen wir, die wir Krieg und Elend nie erlebt haben, uns nicht in einer trügerischen Sicherheit? Machen wir uns nicht Illusionen über die Stabilität unserer Weltordnung? Diese Botschaft ist es wert, eingehender betrachtet zu werden. In der Tat sollten uns gewisse Tendenzen in der gesellschaftlichen Debatte aufmerken lassen. Wir lesen fast wöchentlich von antisemitischen Übergriffen in deutschen Städten. Jüdische Mitbürger trauen sich in manchen Gegenden nicht mehr mit Kippa auf die Straße und sprechen offen davon, dass sie sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlen. Beim berüchtigten »Al-Quds-Marsch« wird in Berlin alljährlich auf offener Straße zur Vernichtung des jüdischen Staates aufgerufen, antisemitische Terrororganisationen wie die Hizbollah oder die Hamas werden verherrlicht. In vielen europäischen Staaten sind populistische Parteien auf dem Vormarsch, die ganz unverblümt ein Ende der Europäischen Union fordern und unter dem Jubel ihrer Anhänger nationalistische Töne anschlagen. Das birgt Gefahren für uns alle. Ein Europa der Populisten würde ein instabiles Europa sein, da es geprägt wäre von aggressiver und selbstsüchtiger Klientelpolitik.

Junge Menschen in Deutschland wissen immer weniger über die Gründe für die Europäische Einigung, die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber auch kaum etwas über die jüngste menschenverachtende Diktatur auf deutschem Boden, die DDR. Hier beginnt die staatliche Aufgabe, besonders die der Kulturpolitik. Die Funktion des Staates im Rahmen der Erinnerungskultur besteht ja in ihrer ideellen und finanziellen Förderung. Aufgabe ist auch die Schaffung des rechtlichen Gestaltungsrahmens, zum Beispiel durch Gesetze zum Denkmalschutz. Erinnerung ist eng mit der Frage verbunden, welche Traditionen und Werte wir nachfolgenden Generationen vermitteln wollen. Das ist in einer Demokratie nicht immer einfach. Es gibt nämlich keine »offizielle Erinnerungskultur«, die von Seiten der Bundesregierung definiert, vorgegeben oder angeordnet würde. Gedenkstätten und Dokumentationszentren sind grundsätzlich frei in der Schwerpunktsetzung und inhaltlichen Gestaltung ihrer Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen.

Das führt gelegentlich zu hitzigen Diskussionen, wenn es um die zum Teil sehr unterschiedliche Wahrnehmung öffentlicher Erinnerung in den politi-

schen Lagern geht. Sei es die Debatte um Deserteure der Wehrmacht, über die Trümmerfrauen oder, ganz aktuell, die Anerkennung der NS-Opfergruppe der damals sogenannten »Asozialen« und »Berufsverbrecher«. Auch die Traditionspflege in der Bundeswehr stand unlängst im Fokus des öffentlichen Interesses. Es ist nicht außergewöhnlich und entspricht seit Jahrzehnten gängiger Praxis, dass Symbole einer früheren Erinnerungskultur mit dem Gewinn neuerer Erkenntnisse immer wieder hinterfragt werden. Das betrifft Schlösser, Denkmäler, Straßennamen oder in Museen ausgestellte Exponate. Mir scheint es jedoch, als wäre in den vergangenen Jahren eine Emotionalität in die Diskussion eingezogen, die mehr mit dem Zeitgeist, als mit historisch-erinnerungspolitischen Fragen zu tun hat. Da wird auch schon mal, wie jüngst in Berlin, die Umbenennung sämtlicher nach Militärs oder Schlachten benannter Straßen gefordert; dies unter der Überschrift »Entmilitarisierung des öffentlichen Raumes«. Jene Generäle, die in den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Herrschaft kämpften und damit einhergehend auch das preußische Staatswesen reformierten, waren in dieser Initiative ausdrücklich eingeschlossen. Ob eine solche ideologisch motivierte Tilgung unserer Geschichte dazu beiträgt, Erinnerung zu fördern, wage ich zu bezweifeln. Ein wenig mehr Augenmaß und auch historische Sachkenntnis wäre hier wünschenswert. Es kann durchaus lehrreich sein, Entwicklungslinien zu verstehen, wenn man Denkmäler betrachtet, die heute so nicht mehr gebaut würden oder deren ursprüngliche Absicht der Heldenverehrung überholt ist. Das gilt für ein Reiterstandbild Friedrichs des Zweiten im Übrigen genauso, wie für ein sowjetisches Ehrenmal mit Panzern und Kanonen.

Hüten sollten wir uns vor einem moralisch motivierten Aktionismus, die Geschichte und ihre Akteure am Maßstab heutiger Erkenntnis zu messen. Ein Beispiel hierfür ist die Diskussion um die Attentäter des 20. Juli. In den 1950er Jahren wurden sie von einer großen Zahl der Deutschen noch als »Verräter« betrachtet. Diese Ablehnung entsprach wohl einer Kombination aus Verdrängung eigener Schuld und einem unseligen Neid gegenüber jenen, die nicht Mitläufer waren, sondern sich nicht länger mitschuldig machen wollten an Krieg und Gewaltherrschaft. Nach dem Krieg mussten die Hinterbliebenen der vom Regime ermordeten Attentäter einen zum Teil jahrelangen und entwürdigenden Kampf um ihre Rechte führen. Viele verzweifelten daran, besonders in einer Zeit, als es den Tätern zu oft gelungen war, wieder in Ämter und Würden zu kommen. Heutzutage wird Stauffenberg dafür kritisiert, dass seine Vorstellungen von einem idealen Staat zu autoritär, er also im heutigen Sinn kein Demokrat gewesen sei und daher das ehrende Gedenken an ihn überhöht und nicht gerechtfertigt wäre. Eine solche Argumentation offenbart freilich eine gewisse Arroganz der Nachgeborenen, die ihre eigenen Wertmaßstäbe an eine Persönlichkeit anlegen, die vor einem Dreivierteljahrhundert von den Nazis hingerichtet worden ist.

Wichtiger und besser, als unsere Geschichte von Missliebigem oder Überholtem zu »säubern«, erscheint mir, bis heute vernachlässigte, unbekannte Seiten zu beleuchten. Unlängst hat die Arbeitsgruppe Kultur und Medien meiner Fraktion eine gemeinsame Veranstaltung mit der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand ausgerichtet. Das Thema hieß: »Die Frauen des 20. Juli«. Diese Diskussion, an der auch Stauffenbergs jüngste Tochter Konstanze von Schulthess-Rechberg teilnahm, hat einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Rolle der Ehefrauen und Familien der Attentäter, ihrem Wirken und Leid eine Stimme zu geben. Solche Formate, neue Forschung, neue Aspekte, sollten im Fokus einer modernen Erinnerungskultur stehen. Hier gibt es noch viel zu tun – und Spannendes zu entdecken. ■